

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II
Verlagsredaktion: Königsplatz 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Vereinzelt seid Ihr nichts — Vereinigt alles!

Anzeigen- und Verbandsgeher sind an Otto Behms, Berlin D 27
Magasinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 Mk.
Anzeigenpreis 2 Mark für die sechspaltige Zeile

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Rückblick und Ausblick. — Die soziale Bewegung im Deutschen Reich 1924. — Industrielle und Gemeinwirtschaft. — Aus der Industrie. — Lancashires Sorgen. — Frauen-, Jugend- und Betriebsräte. — Der deutsche Textilaufhandlung im Oktober 1924. — Industrie und Steuerbelastung. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Gewerkschaften. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen.

Rückblick und Ausblick.

Das Jahr 1924 gehört der Geschichte an. Im Fluge des Weltgeschehens ist es dahin gerauscht, voll von lärmendem Kampfgeschrei, erfüllt von Not- und Schreckensrufen der um die Existenz ringenden Menschheit.

Im heftigen Widerstreit wurden neue Rechtsgrenzen zwischen den Nationen geschaffen. Rechtsgrenzen von höchster politischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Es sei hier nur an die großen Entscheidungen in der Weltpolitik erinnert, durch welche die Reparationsfrage neu geregelt wurde, die zu einer neuen Konsolidierung und Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft führen soll. Ob dies möglich sein wird, ist eine Frage, die nur durch die Zukunft beantwortet werden kann. Im Mittelpunkt dieser brennenden Frage steht die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Von ihr hängt das Problem der Erfüllung des Dawes-Planes ab. Voraussetzung ist, daß alle motorischen und menschlichen Kräfte der Gütererzeugung dienstbar gemacht werden und daß Absatz für die zu erzeugenden Güter geschaffen werden kann. Es ist ein Problem, das uns vor ungeahnte Aufgaben stellt und das nur im Rahmen einer wieder gesundenden Weltwirtschaft und des Weltverkehrs zu lösen ist. Die Unternehmer haben in den Bestimmungen des Dawes-Planes, daß die Erfüllung nicht auf Grund der Schlechterstellung der Arbeiterschaft eines Landes erfolgen soll, die Frage der Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau und Abbau der Sozialfürsorge gestellt. Ziele, die uns niemals der Erfüllung näher bringen können, die aber um so schwerer die Arbeiterschaft belasten müssen. Die ganze Einstellung der Arbeitgeber zeigt, daß sie die Lasten der Erfüllungspolitik lediglich auf die Schultern der Arbeiterschaft abzumwälzen beabsichtigen. Die Arbeiterschaft wird und ist durch dieses Vorgehen der Unternehmer zu einer schärferen Kampfbereitschaft herausgefordert worden. Die Kämpfe werden um die umstrittenen Fragen nicht ausbleiben und schließlich müssen sie die deutsche Wirtschaft bis zur Untragbarkeit belasten.

Die Möglichkeit der Erfüllung ist nur gegeben in einer gesunden Lohn-, Arbeits- und Sozialpolitik, die die Leistungsfähigkeiten der deutschen Arbeiterschaft bis zur Höchstgrenze zu steigern in der Lage ist. Die Mittel, die die Arbeitgeber anzuwenden bestrebt sind, um die Gütererzeugung zu steigern und zu verbilligen, versehen ihre Wirkung und müssen ins Gegenteil umschlagen. Eine dem schärfsten wirtschaftlichen Druck ausgesetzte Arbeiterschaft wird niemals Höchstleistungen vollbringen können, wie die Arbeitgeber glauben, sondern nur eine Arbeiterschaft, die den wirtschaftlichen Druck am wenigsten fühlt und die das Gefühl in sich trägt, daß sie nicht allein der Patsche der Gesellschaft ist, sondern daß die Gegenseite ebenfalls bestrebt ist, ihr Teil an Lasten zu tragen, die uns durch den verlorenen Krieg auferlegt worden sind.

Mit falschen Behauptungen, gestützt auf falsche Zahlen über die Industriebelastung und der tatsächlichen Produktionsverhältnisse haben die Unternehmer versucht, die Deffektivität zu täuschen. Diese Tatsache allein zeigt schon, daß die Unternehmer jeder besseren Einsicht unzugänglich sind. Das neue Jahr dürfte aus diesem Grunde der Arbeiterschaft schwere Kämpfe bringen, die ausgefochten werden müssen, wenn die Arbeiterschaft nicht völlig in der Sklaverei versinken soll. Die Arbeiterklasse muß deshalb alle Vorbereitungen treffen, um diese Kämpfe in Ehren bestehen zu können.

Währenddem in Frankreich, England, in Dänemark und Schweden das Steuer der Staatspolitik stark nach links gedreht wurde, hat die Reaktion in Deutschland an Boden gewonnen. Wenn auch das Wahlergebnis vom 4. Mai durch die Wahl am 7. Dezember stark korrigiert wurde, so empfindet man doch keine rechte Freude an dem Sieg der freiheitlichen Parteien am 7. Dezember, weil eine grundsätzliche starke Verschiebung der Machtverhältnisse nicht eingetreten ist. Die Reaktion ist noch allzu stark. Die Stärke der Reaktion ist gegeben in der Zerrissenheit der Arbeiterklasse in politischer und gewerkschaftlicher Hinsicht. Eine einige Arbeiterschaft hätte in Deutschland längst die Reaktion zu Boden gekämpft. Leider jagt ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft einem Phantom nach und vergißt dabei den Kampf um die Ziele der Gegenwart. Ja, er führt den schärfsten und gemeinsten Kampf gegen seine eigenen Klassengenossen. Wichtige proletarische Interessen werden durch diesen gehässigen Bruderkampf verletzt und manche wichtige Position konnte von der Arbeiterschaft nicht gehalten werden, weil sie nicht ihre ganze Kraft- und Machtmittel der ankämpfenden Reaktion entgegenwerfen konnte. Es ist höchste Zeit, daß sich die Arbeiterschaft auf sich selbst bekennt und Einkehr hält. Geschieht dies nicht, dann wird die Arbeiterschaft sich selbst ihren schlimmsten Feinden ausliefern. Der Kampf um die Lastenverteilung erfordert eine einige und geschlossene Arbeiterschaft.

Das Jahr 1924 hat der deutschen Arbeiterschaft, namentlich der Textilarbeitererschaft, schwere Opfer auferlegt. Eine schwere Wirtschaftskrise hat beinahe das ganze Jahr hindurch gewütet. Die Arbeitslosigkeit steigerte sich bis zur Untragbarkeit und geben die Arbeitslosenziffern ein geradezu trostloses Bild über die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. Nachstehende Tabelle gibt hierüber nähere Aufklärung:

1924	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Arbeitslose u. Kurzarbeiter zusammen
Januar	10,0	16,0	26,0
Februar	9,7	8,8	18,5
März	5,8	3,7	9,5
April	3,7	2,2	5,9
Mai	3,7	5,7	9,4
Juni	4,3	30,8	35,1
Juli	6,8	46,3	53,1
August	7,2	45,0	52,2
September	6,8	29,7	36,5
Oktober	6,4	21,0	27,4
November	5,2	15,7	20,9

Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit brauchen hier nicht besonders geschildert zu werden, sie sind bekannt. Wenn gegenwärtig ein besserer Geschäftsgang in der Textilindustrie eingeleitet hat, so kann derselbe doch noch keineswegs befriedigen. Und zwar schon allein aus dem Grunde, weil die Textilindustrie hauptsächlich für den Innenmarkt tätig ist, da der Export an Textilwaren nur ein recht kümmerlicher ist. Dieser geringe Export ist für die Dauer für die deutsche Gesamtwirtschaft untragbar. Soll im neuen Jahr die Textilindustrie gesunden, dann ist vor allen Dingen notwendig, daß der Export stark gefördert wird. Es ist ja nicht von der Hand zu weisen, daß der Export in allen mit Deutschland konkurrierenden Ländern ebenfalls recht niedrig ist. Aber dieses zeigt, daß seit dem Weltkrieg auf dem Weltmarkt starke Verschiebungen wirtschaftlicher und handelspolitischer Natur eingetreten sind, deren Schwierigkeiten von heute auf morgen nicht zu überbrücken sind. Aus diesem Grunde brauchen wir Textilarbeiter unsere Hoffnungen auf das neue Jahr nicht allzu hoch zu spannen.

Daß die Lohnentwicklung in der Textilindustrie stark unter dieser wirtschaftlichen Krise gelitten hat, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Die Lohnfrage hängt stark von der Gesamtwirtschaftsfrage ab. Dazu kommt aber auch auf der anderen Seite, daß während des ganzen Jahres vielfach die Arbeiterschaft sich auf Kämpfe eingelassen hat, durch welche sie ihre Kampfkraft verbrauchte, ohne irgendwelchen Nutzen zu haben. Die Arbeiterschaft wird in Zukunft mehr denn je Disziplin halten müssen und nur im Einverständnis mit der Organisationsleitung in Streiks eintreten. Denn nichts hat die Arbeiterschaft mehr geschädigt als die wilden Streiks, in welche sich die Arbeiterschaft durch gewissenlose Elemente hineinziehen ließ. Die gesamte Textilarbeitererschaft Deutschlands leidet noch heute unter den Erscheinungen des verflorenen Jahres.

Ein Gutes hat das verflorenen Jahr immerhin gehabt. Es hat nicht nur eine Stabilität der Währung und eine gewisse Stabilität der Wirtschaft, sondern auch eine

Stabilität der Gewerkschaften

gebracht. Am Ende des vorigen Jahres hatten die Gewerkschaften furchtbar zu leiden unter den Nachwehen der Inflation. Der Textilarbeiterverband hat die Schäden der Inflation recht bald überwunden und heute ist er wieder stark in sich gefestigt. Zu dieser Festigung trug das gesunde Klassenbewusstsein des Textilarbeiterverbandes in erster Linie bei; zum andern hat er sich innerlich dadurch gefestigt, daß er endlich jene Teile, die der Organisation und ihren Satzungen entgegenwirkten, absonderte. Dazu hat vor allen Dingen die Generalversammlung in Rassel beigetragen, die den Vorstand mit außerordentlichen Vollmachten ausstattete. Wir können heute sagen: Der kommunistische Spuk ist aus dem Deutschen Textilarbeiterverband verbannt. Die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes stellen eine einheitliche, geschlossene Kampfgruppe dar. Aus diesem heraus besteht die berechtigteste Hoffnung, daß der Textilarbeiterverband in Zukunft für seine Mitglieder noch besser zu wirken in der Lage ist. Gewiß, diese innere Reinigung hat dem Textilarbeiterverband einen Teil der Mitglieder gekostet. Diese innere Reinigung mußte im Interesse der Organisation und der Textilarbeitererschaft durchgeführt werden, um die Organisation vor größerem Schaden zu bewahren. Die zersetzende und organisationschädigende Tätigkeit der Kommunisten hat immerhin noch Schaden angerichtet, und es war höchste Zeit, diesem Treiben Einhalt zu gebieten.

War das alte Jahr für die Gewerkschaften ein Jahr der Stabilisierung und der inneren Reinigung, so muß das neue Jahr der Wiederaufbauarbeit gewidmet werden. Wir müssen vor allen Dingen diejenigen Mitglieder wieder zurückholen, die angeekelt durch den kommunistischen Spuk der Organisation den Rücken gekehrt haben. Es ist deshalb notwendig, daß alle unsere Mitglieder sich dieser Wiederaufbauarbeit unterziehen und mithelfen. Hoffen wir, daß es uns gelangen möge, im neuen Jahre den Textilarbeiterverband so auszubauen, daß er die zukünftigen Kämpfe in Ehren besteht und die Interessen der Mitglieder voll zu wahren imstande ist.

Die soziale Bewegung im Deutschen Reich 1924.

Arbeitslosigkeit. — Arbeitszeit. — Arbeitskämpfe. — Die Lohnlage. — Sozialpolitik. — Organisationsfragen.

Die soziale Bewegung Deutschland war im Jahre der Stabilisierungskrise von zwei Fragen beherrscht: von der Arbeitslosigkeit und der Arbeitszeit. Nach der Stabilisierung der Mark ging die Arbeitslosigkeit, die nach dem Zusammenbruch der Währung ein ungeheures Ausmaß angenommen hatte, etwas zurück, war aber am Anfang des Jahres immer noch ungeheuer groß. In den folgenden Monaten nahm die Arbeitslosigkeit in den unbefestigten Gebieten langsam ab. Die Rentenmarkkredite flossen in raschem Tempo in die Volkswirtschaft und ermöglichten die Erweiterung der Pro-

duktion. Zwar waren die Löhne und Gehälter zu dieser Zeit außerordentlich niedrig; der Reallohn betrug kaum die Hälfte des Vorkriegsreallohnes. Der während der Inflation zurückgedrängte Bedarf nach Bekleidungsartikeln usw. machte sich dennoch geltend. Im Frühjahr gab es in der Textil- und Schuhindustrie bereits eine Konjunktur. Die in den Monaten Februar-April erfolgten Lohn- und Gehaltserhöhungen haben die Nachfrage nach Waren verstärkt. Die Wiederbelebung der Eisen- und Stahlindustrie erfolgte langsamer, aber auch hier wurden im Monat April bereits 80 bis 90 Proz. der Leistungsfähigkeit erreicht. Am größten war die Arbeitslosigkeit im Bergbau, wo die Folgen des passiven Widerstandes noch nicht überwunden waren. Der Aufstieg dauerte aber nur einige Monate. Infolge der Geldknappheit und der hohen Preise stellte sich die Krise wieder ein. Im Mai sank noch die Arbeitslosenziffer, die Kurzarbeit hat sich jedoch in diesen Monaten bereits erhöht. Im Juli haben die Fachverbände über 13,8 Proz. Vollarbeitslose und 29,4 Proz. Kurzarbeiter berichtet. Im August erreichte die Krise ihren Höhepunkt. Mehr als die Hälfte der Arbeiterschaft war auf Kurzarbeit gestellt. Die Annahme des Londoner Abkommens hat nur sehr langsam eine Belebung des Beschäftigungsgrades herbeigeführt. Auch diesmal begann die Besserung bei der Textil- und Schuhindustrie, später griff sie auf die Holzindustrie über. Am spätesten zeigte sich die Belebung des Bergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie. Am Schluß des Jahres war aber auch in diesen Industrien eine beträchtliche Steigerung der Beschäftigung zu verzeichnen. Sogar das Baugewerbe, das das ganze Jahr hindurch darniederlag, zeigte zum Schluß des Jahres einen unerwarteten Aufschwung.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die zehnten Millionen Arbeiter und Angestellte dem Elend preisgegeben hat, stellte den Staat und die Organisationen der Arbeiter und Angestellten vor schwere Aufgaben. Der Staat hat bei der Lösung der Arbeitslosenfrage verlagert; er konnte den Arbeitslosen keine Beschäftigung verschaffen. Die Sorgen um die Aufrechterhaltung der Währung haben ihn von der Ausführung großzügiger öffentlicher Arbeiten zurückgehalten. Die Notstandsarbeiten der Gemeinden waren geringfügig und mit großen Härten für die Notstandsarbeiter verbunden. Die Arbeitslosenunterstützung, die seit der Stabilisierung nicht mehr vom Staat, sondern von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragen wurde — das Reich hat nur Zuschüsse gewährt — war außerordentlich gering (55 bis 70 Pfennig im Tag) und reichte zur Lebensführung bei weitem nicht aus. Seit März wurden die Kurzarbeiter überhaupt nicht mehr unterstützt. Erst im September erfolgte die geringe Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung (in Berlin auf eine Mark für den ledigen männlichen Erwerbslosen); auch wurde die Unterstützung der Kurzarbeiter unter gewissen Umständen wieder ermöglicht. Deshalb war die Belastung der Wirtschaft durch die Erwerbslosenfürsorge trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit verhältnismäßig gering; sie betrug für das Jahr gegen 220 Millionen Mark. Zu der Arbeitslosigkeit der Industriearbeiter gesellte sich der Abbau der Beamten — über 400 000 Beamte wurden abgebaut — und der Angestellten. Vor allem haben die Banken ihre Beamten abgebaut. Es wurden im Lauf des Jahres 150 000 bis 200 000 Bankbeamte entlassen. Auch die Industrie und der Handel schritten zu Massenliquidationen. Die Abfindungssummen waren, insofern solche gezahlt wurden, ganz geringfügig. Die Erwerbslosigkeit dieser breiten Schichten bleibt ein schweres Problem der Zukunft.

Die zweite Frage, die im Vordergrund der sozialen Bewegung stand, war die Arbeitszeit. Die Arbeitszeitverordnung vom 13. Dezember 1923 hat bei grundsätzlicher Anerkennung des Achtstundentages eine fast unbeschränkte Arbeitszeitverlängerung ermöglicht. Die Verordnung selbst bestimmt eine große Anzahl von Ausnahmen von dem Achtstundentag; die Arbeitszeit kann aber durch Tarifvertrag in der Regel auf zehn Stunden, unter Umständen noch weiter ausgedehnt werden. Es entbrannte ein schwerer Kampf um die Tarifverträge. Die Wachststellung der Unternehmer war nach der Stabilisierung außerordentlich gestärkt. Die große Arbeitslosigkeit auf der einen, der finanzielle Zusammenbruch der Gewerkschaften auf der anderen Seite hat die Front der Arbeitnehmer sehr geschwächt. Die Organe des Staates haben zwar die ärgsten Mißstände zu verhindern gesucht, im übrigen gerieten sie in dieser Zeit oft in das Fahrwasser der Reaktion. Die Unternehmer wollten im Bewußtsein ihrer Uebermacht sich den Schiedsgerichten nicht unterwerfen, trotzdem diese in der Regel wesentliche Arbeitszeiterhöhungen bestimmten. Sie wollten die Bedingungen einseitig diktieren, vor allem aber die Tarifverträge und damit auch den Einfluß der Gewerkschaften beseitigen. Es mußte ein schwerer Kampf auf verschiedenen Fronten geführt werden. Für die Erhaltung der Tarifverträge, gegen die Sabotage der Unternehmer bei den Schiedsgerichten, gegen die Härten der Schiedsgerichte selbst, besonders aber für die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages. Die Arbeiterschaft wollte den Achtstundentag nicht preisgeben, und wenn sie sich auch der Arbeitszeitverlängerung nicht verschließen konnte, so forderte sie die Anerkennung der Tatsache, daß die Verlängerung der Arbeitszeit nur als Ausnahme bestimme und nach Anhören der besonderen Umstände beseitigt werden müsse. Auch um die Bezahlung der Ueberstunden mußte gekämpft werden. Eine Anzahl hoher Arbeitskämpfe wurden im Bergbau (für die grundsätzliche Anerkennung der Siebenstundenschicht), in der Metall- und Werkstoffindustrie, im Baugewerbe usw. lange Zeit hindurch und mit schwerer Unterbindung der Produktion geführt. Nach der Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat Mitte Mai ungefähr die Hälfte der von ihm erfaßten zweieinhalb Millionen Arbeiter 48 Stunden in der Woche gearbeitet; der Achtstundentag konnte am meisten im Bau- und Holzgewerbe und in der Schuhindustrie gehalten werden. In der Metall- und Textilindustrie sowie in der chemischen (Papier-) Industrie war die Arbeitszeitverlängerung am größten, in der Regel über 54 Stunden. Seitdem blieb die Lage ziemlich unverändert. Für die Hüttenarbeiter soll die Arbeitszeit demnächst auf dem Verordnungswege herabgesetzt werden. Neben dem Kampf für die tarifvertragliche Arbeitszeit wurde die Forderung nach Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag gestellt. Die freien Gewerkschaften haben zu dessen Annahme eine Volksabstimmung vorbereitet. Der neue Reichstag oder, wenn dieser verlagert würde, eine Volksabstimmung soll im nächsten Jahr über das Schicksal der Arbeitszeitfrage entscheiden.

Die Lohnfrage war das dritte soziale Problem, das im Vordergrund der Bewegung stand, der Kampf gegen die Dumpinglöhne, welche die Kaufkraft der Arbeiterschaft im Inland unterbunden haben, im Ausland aber zu manchen der deutschen Ausfuhr abträglichen Maßnahmen führten. Die anfangs des Jahres unerträglich geringen Löhne wurden zwar im Frühjahr erhöht, doch blieb der Reallohn auch zu dieser Zeit stark hinter dem Friedensreallohn zurück. Das Sinken der Preise in den Monaten Mai und Juni, das zur vorübergehenden Erhöhung des Reallohnes führte, hörte bald auf. Infolge der Verteuerung des Getreides und der Lebensmittel festete eine Teuerungswelle ein, der kein Ausgleich der Löhne und Gehälter folgte. Die Bezüge der Beamten wurden zwar im Juli erhöht, für die unteren Gruppen der Beamten war jedoch die Erhöhung

unbedeutend. Erst gegen Ende des Jahres erfolgte wieder eine kleine Erhöhung des Lohn- und Gehaltsniveaus, was aber nur zum teilweisen Ausgleich der Teuerung diente. Der Kampf um die Erhöhung des Reallohnes muß demzufolge in das nächste Jahr hinübergetragen werden. Da die Preisabbaupolitik der Regierung fehlschlug, bleibt ein anderer Ausweg nicht übrig.

Die Belastung der Arbeitnehmer durch hohe Lohn- und Verbrauchssteuern ist eine wichtige soziale Frage, die sich im laufenden Jahr ganz zu Ungunsten der Arbeitnehmer gestaltet hat. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung muß der Wiederaufbau dieser während der Inflation fast zusammengebrochenen Einrichtungen als ein großer Erfolg verzeichnet werden. Es gilt jetzt, die sich immer wiederholenden Angriffe der Unternehmer gegen die Sozialversicherung abzuwehren, die Leistungen derselben zu erhöhen und ihre Administration auf dem Wege der Selbstverwaltung auszubauen. Auch werden die Probleme der Auswanderung, die für Deutschland nach Beendigung der Inflation eine wachsende Bedeutung gewonnen hat, die Aufmerksamkeit beanspruchen. Die Beibehaltung des Mieterschutzes mit gleichzeitiger Förderung des Wohnungsbaues durch die Gemeinden und Genossenschaften wird die soziale Bewegung des kommenden Jahres ebenfalls beschäftigen.

Am Anfang des Jahres waren die Organisationen der Arbeiter und Angestellten infolge der Vermittlungen der Inflation zusammengebrochen. Infolge der ungeheuren Arbeitslosigkeit in diesem Jahre wurde ihr Mitgliederstand geschwächt. Trotzdem ermächtigte die Stabilisierung den Wiederaufbau der Gewerkschaften. Ihr Aufgabenkreis hat sich seit der Stabilisierung erweitert. Waren sie während der Inflationszeit fast ausschließlich mit den sich tagtäglich erneuernden Lohnverhandlungen beschäftigt, so können sie sich heute auch der Lösung anderer Fragen zuwenden. Es sei hier auf die Gründung einer Gewerkschaftsbund und einer Anstalt zur Förderung des Wohnungsbaues seitens der freien Gewerkschaften hingewiesen. Die mit der Lösung der Reparationsfrage verbundenen mannigfaltigen Probleme (Lohnverteilung, Preisgestaltung usw.) werden die Kraft der Gewerkschaften noch für lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Austragung der großen Probleme unserer Zeit, die Verwirklichung der industriellen Selbstverwaltung, wird voraussichtlich erst in späteren Zeiten vorbekannt sein.

Industrielle und Gemeinwirtschaft.

Die Entwicklung des industriellen Kartellwesens hat sich in den letzten Jahren in Deutschland wie im Auslande in einer Weise vollzogen, die alle maßgebenden Wirtschaftsfaktoren, zugleich aber auch die Verbraucher sowie die Arbeit, ihr die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Damit allein ist natürlich noch nichts geschehen; es ist auch notwendig, aus dieser Entwicklung die erforderlichen Schlüsse zu ziehen und diese in entsprechende Taten umzusetzen. Nach einem Vortrage, den der Präsident des Reichswirtschaftsgerichts vor kurzem in der Handelshochschule Berlin hielt, bestehen gegenwärtig in Deutschland rund 1500 Kartelle, die sich auf fast alle Industriezweige wie auch auf einen großen Teil des Handels erstrecken. Berggegenwärtig man sich, welche Ziele von den Kartellen verfolgt werden, so kann kein Zweifel darüber bestehen, daß hier eine Macht entstanden ist, die für unser gesamtes Wirtschaftsleben von außerordentlicher Bedeutung sein muß und daselbe in verhängnisvoller Weise zu beeinflussen vermag.

Ueber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle gehen die Ansichten bekanntlich auseinander. Von bürgerlicher Seite wird ihre Tätigkeit überwiegend günstig beurteilt. Ihre Aufgabe bestehe darin, den Umfang des Gesamtbedarfs der verschiedenen Industriezweige zu ermitteln und dauernd zu überwachen, um danach die Erzeugung zu regeln, d. h. auf den Verbrauch richtig einzustellen; die Absatzmärkte auszuweiden, unzulässigen Wettbewerb unter den Produzenten abzuschwächen und unter Umständen eine einheitliche Preispolitik durchzuführen. Dadurch werde eine größere Stetigkeit in die Wirtschaft gebracht, das Entstehen von Krisen und Arbeitslosigkeit verhindert. Daß die Kartelle in dem angegebenen Sinne tätig sein können, soll nicht bestritten werden. Nur merkt man von einer derartigen Tätigkeit nichts, wohl aber das Gegenteil. Die Kartelle wirken nicht fördernd auf Produktion und Absatz ein, sondern hemmend. Durch die Zusammenfassung der Produzenten während des Krieges und in der Nachkriegszeit ist es ihnen bei dem bestehenden Warenmangel gelungen, Produktion und Absatz in weitestem Umfange zu monopolisieren. Dieses Monopol besteht jetzt noch und wird von den Kartellen unter rücksichtsloser Ausnutzung ihrer Macht gegenüber Verbrauchern wie Arbeitern auch auf diejenigen Produktionsgebiete ausgedehnt, die bis dahin von der Kartellierung noch nicht erfaßt wurden. Das Ziel dieser Bestrebungen ist die Aufrechterhaltung der heute noch zum großen Teil weit über den Friedensstand stehenden Preise der Industrieerzeugnisse, deren Höhe weder durch die Produktionskosten noch durch die Steuerbelastung gerechtfertigt werden kann. Den Beweis hierfür liefert die Tatsache, daß trotz der stark unter die Friedenszeugung herabgesetzten Produktion die Gewinne der Produzenten eine erhebliche Steigerung erfahren haben.

Um eine Veränderung dieses Zustandes zu verhindern, wird von den Kartellen die Produktion planmäßig bis zum äußersten einseitig, der gegenseitige Wettbewerb völlig ausgeschaltet, verhindert. Die Preise der Industrieerzeugnisse werden nicht nach der Leistungsfähigkeit der technisch hochentwickelten, sondern der technisch rückständigsten Betriebe festgesetzt. Das führt dazu, daß den technisch und organisatorisch leistungsfähigen Betrieben beträchtliche Sondergewinne zufließen, zugleich aber auch auf Kosten der Verbraucher zahlreiche Betriebe fortgeführt werden, die wegen ihrer veralteten Einrichtungen und geringen Produktivität längst jede Existenzberechtigung verloren haben. Durch diese von den Kartellen betriebene Preispolitik geht jeder Anreiz zur Steigerung der Produktion durch technische und organisatorische Vervollkommnung der Betriebe verloren. Hierin ist auch zu einem erheblichen Teil die Ursache für die technische Überlegenheit der ausländischen Industrie zu suchen, der gegenüber die deutschen Erzeuger ins Hintertreffen geraten sind. Anstatt aber diese Tatsache anzuerkennen, die begangenen Fehler rückgängig zu machen und das bisher veräumdete nachzuholen, schreien die Industriellen über zu hohe Löhne, soziale Überlastung und mangelnden Zollschutz. Rücksichtslos betreiben sie die Hinausschiebung der Preise weiter, suchen die Arbeitszeit zu verlängern, die Löhne herabzusetzen, ohne zu berücksichtigen, daß mit der Hochhaltung der Preise, der Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter die Kaufkraft der verbrauchenden Volksschichten vermindert, der Absatz unterbunden, die Produktion weiter eingeschränkt, die Arbeitslosigkeit gesteigert werden muß. Das ist Raubwirtschaft schlimmster Art, die den wirtschaftlichen Aufstieg verhindert, das in weiten Schichten unseres Volkes vorhandene Elend aber bis zur Unertüchlichkeit zu steigern geeignet ist.

Ueber diese für unser Wirtschaftsleben verhängnisvolle Tätigkeit der Kartelle besteht leider in den von ihnen ausgeplünderten Volksschichten wie auch in den maßgebenden Regierungskreisen noch wenig Klarheit. Namentlich bei den Regierungsstellen ist man nur zu geneigt, den Forderungen des kartellierten Unternehmertums nachzugeben, was zur Verschlimmerung der bestehenden Zustände beiträgt. Zwar hat man diesen gegenüber die Augen nicht völlig verschließen können und durch die bekannte Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht der Kartellwirtschaft entgegenzutreten versucht. Was in dieser Richtung unternommen wurde, genügt aber bei weitem nicht. Die Kartellverordnung bietet nur den Unternehmern einen gewissen Schutz gegen die Übergriffe der Kartelle. Die Verbraucher genießen diesen Schutz nicht. Sie sind der Willkür der Kartelle, besonders der Ausbeutung durch die von ihnen betriebene Preispolitik nach wie vor schutzlos preisgegeben. Eine Ergänzung der Vorschriften gegen das Kartellwesen, das diesem Zustand entgegenwirkt, ist — nachdem sich die Preisversuche der Reichsregierung mittels der Steuer- und Tarifermäßigungen als wirkungslos erwiesen haben — nicht zu umgehen.

Aber auch von einem derartigen Vorgehen dürfen sich die Ver-

braucher nicht allzu viel versprechen. Die Macht der Kartelle ist zu groß, als daß sie allein auf diesem Wege gebrochen werden kann. Hingutreten muß die Selbsthilfe der Verbraucher durch weitere Ausgestaltung der Konsumgenossenschaften und die Ausübung ihrer Eigenproduktion. Nach beiden Richtungen bieten sich in Deutschland Entwicklungsmöglichkeiten, die noch lange nicht genügend ausgenutzt sind. Gegenüber England z. B. ist die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung noch sehr weit im Rückstande, weniger im Hinblick auf die Zahl der Mitglieder, als in der Menge des Verbrauchs. Der von den Mitgliedern der deutschen Konsumvereine in deren Läden gedeckter Verbrauch der Haushaltungen ist noch bescheiden gering. Der größte Teil des Verbrauchs wird noch immer in privaten Geschäften gedeckt, was selbstverständlich hemmend auf die Entwicklung der Eigenproduktion einwirkt. Eine Veränderung dieses Verhältnisses liegt im allgemeinen Interesse des Verbrauchers.

Von größter wirtschaftlicher Bedeutung ist daneben die Förderung der gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen in Reich, Ländern und Gemeinden. Die Entwicklung der gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen hat durch den Krieg eine jähe Unterbrechung erfahren. Was an gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen während des Krieges entstanden, hat nicht befriedigt, teilweise sogar die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen in Mißkredit gebracht. Das kartellierte Unternehmertum hat diese Mängel klug benützt, um die Abneigung der Bevölkerung gegen die unzulänglichen zwangswirtschaftlichen Einrichtungen für ihren Kampf gegen die gesamte Gemeinwirtschaft zu verwerten, indem man ihre sich aus den Zeitverhältnissen ergebenden Mängel als für die Gemeinwirtschaft typisch hinstellte. Dieser Kampf des Unternehmertums gegen die Gemeinwirtschaft war nicht erfolglos. So manche vielversprechende Einrichtung wurde in den Anfängen ihrer Entwicklung vernichtet, bei anderen die Entwicklung in die Wege geleitet, die zu keinem Erfolg führen konnten. Der Kampf gegen die Gemeinwirtschaft hat noch nicht aufgehört. Das Unternehmertum weiß, was ihm von einer zielbewußt entwickelten und planmäßig in Anwendung gebrachten Gemeinwirtschaft droht. Die Verbindung von genossenschaftlicher und gemeinwirtschaftlicher Tätigkeit, ausgedehnt auf alle lebenswichtigen Zweige unserer Wirtschaft führt zum Sozialismus. Mit ihm aber hätte die heutige kapitalistische Ausbeutung sowie die bestehende Kartellwirtschaft ihr Ende erreicht. Mattuta

Aus der Industrie.

Die Konzentrationsbewegung deutscher Unternehmungen. Das letzte Heft der „Wirtschaftskurve“ der „Frankfurter Zeitung“ stellt die von Anfang August bis Ende Oktober l. J. erfolgte Konzentration und Ausdehnung deutscher Unternehmungen zusammen. Aus der Verfolgung dieser Liste ergeben sich ungefähr die folgenden Feststellungen: 1. In den abgelaufenen drei Monaten war die horizontale Konzentration, das heißt der Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen vorherrschend, insbesondere was die Zahl der Zusammenschlüsse anbelangt. Diese erfolgten vor allem im Bergbau und in der Maschinenindustrie, außerdem in sehr ausgedehntem Maße im Bankwesen, wo eine große Anzahl Fusionen unter Mittel- und Kleinbanken vollzogen wurden. Auch eine Anzahl von Kreditanstalten für die Kreditversorgung der Landwirtschaft haben sich vereinigt, unter anderen haben die Raiffeisenbank N.-O. und die Gemeinwirtschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehen ein Abkommen mit der Abgrenzung ihrer Wirkungsbereiche getroffen. Im Versicherungswesen erfolgten zahlreiche Zusammenschlüsse. 2. Die vertikale Konzentration schritt durch die Großkonzern weiter vorwärts. An der Spitze steht die Stinnes-Gruppe, die in dieser Periode ihren Machtbereich sehr wesentlich ausgedehnt hat. Die Neuerwerbungen dieser Gruppe erstrecken sich auf die Stahl-, Metall-, Kupfer-, Zellulose-, außerdem hervorragend auf die chemische und Automobilindustrie. Von den übrigen Konzernen haben Krupp in der Bricketfabrikation, Blumenthal in der Textilindustrie, Altkorn im Eisenhandel Neuerwerbungen gemacht. Die zwei neuen Konzerngrößen Michael und Barmat haben sich in dieser Periode im Verhältnis zu den früheren Monaten weniger Unternehmungen angeeignet; Michael im Brückenbau und in der Versicherung (Aduna), Barmat in der Textilindustrie. 3. Die Schaffung des Kohlenfonds mit der Sonderbehandlung der gemischten Betriebe hat durch die ihnen gewährten Verbraucherrechte die Konzentrationsbewegung gefördert. Darauf ist die Beteiligung der Badischen Anilin- und Sodafabrik beim Rheinisch-Westfälischen Konzern und der Uebergang der Frankfurter Gasgesellschaft in den Besitz des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes zurückzuführen. Es sei noch auf die Erwerbung der Magdeburger Bergwerke, deren Beteiligungsziffer am Kohlenfondsdar 700 000 Tonnen im Jahr beträgt, durch die deutsche Erdöl-N.-O. verzeichnet. 4. In den letzten drei Monaten wurden viele Fusionen von Handelsgesellschaften untereinander beziehungsweise Angliederungen von Handelsgesellschaften an Industriebetriebe und umgekehrt, vor allem im Bergbau und in der Metallindustrie, in großer Anzahl vorgenommen. Diese Tendenz war bereits in den früheren Monaten stark vorhanden und bildet ein wichtiges Moment in der neuen Organisierung der Industrie und des Großhandels. 5. Von den Auslandsbeteiligungen sind die Gründungen der Stinnes-Gruppe in Wien für Südpfandhandel und Industrie und einer Großhandels-gesellschaft in Riga hervorzuheben. Der mächtige Oelkonzern Shell hat sich die Oelwerte Stern-Sonneborn in Hamburg angeeignet. Eine von der deutschen Erdöl-N.-O. geführte Gruppe, unter anderen auch die Stern-Sonneborn-N.-O. und die Deutsche Petroleum-N.-O., hat mit dem Russischen Naphtafonds einen Schmierölkaufvertrag abgeschlossen.

Lancashires Sorgen.

Die Hauptfrage der englischen Wirtschaftspolitik wendet sich der Grafschaft Lancashire, der Heimat der britischen Baumwollindustrie, zu. Welche Bedeutung gerade die Verarbeitung der Baumwolle für England hat, geht daraus hervor, daß im Jahre 1921 dem Werte nach die Ausfuhr von Baumwollwaren (Garne und Stückwaren) fast 33 Proz. des gesamten britischen Exports ausmachte. Weiter: Am 31. Januar 1924 wurde die Gesamtzahl der Baumwolle verarbeitenden Spindeln der Welt auf 157,5 Millionen Stück geschätzt; davon entfielen allein auf Großbritannien rund 57 Millionen Stück oder mehr als der dritte Teil. Es gab eine Zeit, in der die englische Baumwollindustrie auf dem Weltmarkt überhaupt keine Konkurrenz hatte. Mit dem Ersinken der deutschen und der amerikanischen Textilindustrie hatte Lancashire einen immer stärker werdenden Wettbewerb zu bestehen, der allerdings keineswegs zu einer Verdrängung Englands führte, sondern die britische Industrie zu einer Veränderung der Fabrikationsmethoden zwang. In einem amtlichen Bericht vom Jahre 1918 wurde festgestellt, daß der Wettbewerb, den Englands Textilindustrie auf dritten Märkten zu überwinden hatte, sich hauptsächlich zum Teil sogar ausschließlich, auf die schlechtesten Qualitäten bezog, die andere Länder exportierten, mit Ausnahme von sogenannten Liebhaberwaren, wie sie etwa Frankreich auszuführen pflegt. In der Tat wurde die englische Vormachtstellung nur in billiger Stückware, in Spitzen (Blauen und Barmen), in Strümpfen und Handtüchern (Chemnitz) angegriffen. Die Fabrikation und Ausfuhr von Qualitätsware konnte England trotz der immer fühlbarer werdenden Konkurrenz unausgesetzt steigern. Welche Stellung Großbritanniens Textilindustrie einnimmt, geht aus folgenden Zahlen hervor: Die englische Spinnerei stellt ganz besondere Anforderungen an ihr Rohmaterial. Trotzdem sich in England mehr als ein Drittel der Gesamtspinnzahl der Welt befindet, beträgt der englische Baumwollverbrauch nur 20 Proz. des Weltverbrauchs, während Japan und Indien mit nur 6 Proz. der Spinnzahl der Welt 16 Proz. der Baumwollmenge verbrauchen. Trotzdem führte Großbritannien im Jahre 1920 für 400 Millionen Pfund gleich etwa 2000 Milliarden Baumwollfabrikate aus wozu die Vereinigten Staaten in diesen Waren in dem gleichen Jahre nur einen Exportüberschuß von 270 Millionen Dollar hatten.

Lancashires Sorgen betreffen denn auch nicht die Gesamtheit der britischen Baumwolltextilindustrie, sondern nur die Branchen, die vornehmlich billigere Waren herstellen. Und auch hier kommt nicht die Bedrohung von den großen Industrieländern wie Deutschland, Frankreich oder die Vereinigten Staaten, sie entsteht vielmehr aus der Einschränkung der Absatzmöglichkeiten auf zwei der bisherigen bedeutendsten Märkte, des „fernen Ostens“, Mittel- und Ostasien, und des „nahen Ostens“, Kleinasien und die Balkanstaaten. Die Verringerung der Aufnahmefähigkeit dieser beiden Gebiete ist zum Teil eine Folge des Krieges, der die Konsumfähigkeit großer Teile der Welt erheblich geschädigt hat. Sie hängt auch mit der allgemein in der Weltwirtschaft zu beobachtenden Tendenz zusammen, daß sich die früheren Absatzländer der europäischen Industrieländer in der Erzeugung von Gütern für den Massenverbrauch selbständig zu machen suchen. Sie führen Maschinen ein, verarbeiten die in ihrem Lande erzeugten Rohstoffe selbst zu Halbzeugen oder gar zu Fertigfabrikaten. Der ferne Osten, Indien, Japan und China, wo 800 Millionen Menschen leben oder die Hälfte der Bevölkerung der Welt, nahm 1913 60 Proz. der englischen Ausfuhr in baumwollener Stückware auf, etwa 4200 Millionen Yards. Im vorigen Jahre war das Quantum auf weniger als 2000 Millionen Yards gesunken, Indien allein hat 1700 Millionen Yards weniger abgenommen. Der nahe Osten, die Balkanstaaten, Kleinasien und Ägypten, hat 1913 10 Proz. der englischen Stückerzeugung oder 700 Millionen Yards übernommen; im Jahre 1923 waren es nur noch 400 Millionen Yards.

Eine Ursache für diesen Ausfall ist in der Verarmung der Verbraucher zu suchen. Während die Preise für Textilwaren seit der Kriegszeit um mehr als das Doppelte gestiegen sind, ging der Verdienst der Bevölkerung in den östlichen Ländern nur um 33 Proz. in die Höhe. Lancashire wurde für Ostasien zu teuer, es stellt in zunehmendem Maße die billigeren Qualitäten selbst her. Seit 1913 strömen britische Textilmaschinen nach Indien, Japan und China, die von einheimischen Arbeitskräften bedient werden. Wie diese Entwicklung vor sich geht, ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Spindeln im fernen Osten:			
	1913	1924	
Indien	6 500 000	7 228 006	
China	1 000 000	8 380 000	
Japan	2 414 000	4 851 000	

In diesen drei Ländern arbeiten jetzt 10 Proz. der Spindeln der ganzen Welt oder ein Viertel der Spindeln Großbritanniens. Die Arbeitsintensität ist hier zwar wesentlich geringer als in England, aber die Entlohnung der Arbeiter ist so jämmerlich, daß Waren geringerer Qualität billiger hergestellt werden können als in Lancashire, zumal sie nur unwesentliche Transportkosten und keine Bölle zu tragen haben. Die „Bombay Labour Gazette“, das Organ des amtlichen Arbeitsamts in Bombay, machte in ihrer Ausgabe vom September dieses Jahres folgende Angaben über die Durchschnittslöhne von Arbeitern indischer Baumwollspinnereien:

	Bombay		Ahmadabad		Solapur	
	s	d	s	d	s	d
Mindest	7	5	7	5	5	10
Mittel	11	8	10	8	9	7
Höchst	17	0	14	10	13	4

Wochenlöhne, in englischer Währung berechnet, 1 Schilling (s) = 1 Mark, 1 Penny (d) = 8 1/4 Pf.

Vor zwei Jahren hat das Arbeitsamt von Bombay eine Untersuchung über die Haushaltsführung der arbeitenden Schichten der Stadt vorgenommen. Der Bericht schließt mit folgender Feststellung: „Das allgemeine Ergebnis ist also, daß die Industriearbeiter das Höchstmögliche von Getreide verzehren, das der Hungerlohn gestattet, aber weniger als die Tagesration, die in der Gefängnisordnung Bombays vorgesehen ist.“

Die asiatischen Arbeiter werden aber nicht nur jämmerlich entlohnt, auch ihre Arbeitszeit ist wesentlich länger als in England; damit hängt zusammen, daß auch die Maschinen stärker in Anspruch genommen werden. In China arbeiten die Spindeln 120 Stunden die Woche, natürlich in Schichten gegenüber 48 Normalstunden in England und 26 1/2 Stunden in Amerika. Schließlich ist zu berücksichtigen, daß auch der Rohstoff, mit Ausnahme von Japan, an Ort und Stelle wächst, wozu die Baumwolle schon mit erheblichen Transportkosten und Zwischengewinnen belastet ist, bevor sie noch in Lancashire eintrifft.

Die Rückwirkung dieser Entwicklung zeigt sich in Lancashire in einer ständig hohen Zahl der Arbeitslosen. Heute ist an den Arbeitsbörsen rund der 6. Teil aller Textilarbeiter als Erwerbslos eingetragen. Dazu klagen die Unternehmer über die abnehmende Ertragsfähigkeit ihrer Betriebe. Es sind nun verschiedene Vorschläge gemacht worden, um Abhilfe zu schaffen. Man hat gefordert, daß England keine Textilmaschinen nach dem Osten verkaufen solle. In der kapitalistischen Wirtschaft ist diese Forderung nicht durchzuführen, denn wenn England keine Maschinen liefert, dann werden sich deutsche oder amerikanische Fabrikanlagen um das Geschäft reißen. Vom sozialistischen Standpunkt muß diese Forderung ganz entschieden zurückgewiesen werden.

Mehr Beachtung verdienen die Versuche, die englische Baumwollindustrie vom Baumwollenbezug aus Nordamerika unabhängig zu machen. Zur Verwertung der Fabrikate hat vor allem die Preiserhöhung für Baumwolle beigetragen. Zwar werden im gesamtbritischen Reiche schon jetzt jährlich 5 1/2 Millionen Ballen Baumwolle gewonnen, gegenüber der amerikanischen Ausfuhr von 6 bis 8 Millionen Ballen im Jahre. Aber die indische Baumwolle, die das Hauptkontingent der in britischen Reiche erzeugten Baumwolle darstellt, ist nur zu einem kleinen Teil für die Verarbeitung zu feinen Garnen englischer Qualität geeignet, und die Erzeugung Ägyptens ließ sich bisher nur unwesentlich steigern. Dagegen entspricht die in einigen kolonialbritischen Kolonien erzeugte Baumwolle mehr den englischen Bedürfnissen, und man ist eifrig dabei, deren Umfang zu vergrößern. Hierfür kommt vor allem West- und Ostafrika und Australien in Betracht. Englisches Kapital bemüht sich auch darum, die Baumwollherzeugung in Argentinien und Peru zu steigern, um der Verwertung der amerikanischen Baumwolle eine Schranke zu setzen.

Die englischen Sozialisten verlangen, daß der innere Markt Großbritanniens entwickelt werde, weil hier allein ein Ersatz für die Verluste im fernen und nahen Osten gefunden werden kann. Von der englischen Baumwollwarenerzeugung wird nur ein Fünftel im Lande selbst verbraucht, während vier Fünftel ausgeführt werden. Nicht nur die große Arbeitslosigkeit schwächt die Verbrauchsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung; auch die Löhne sind zu niedrig, als daß sie einen größeren Konsum von Baumwollstoffen gestatteten. Aber gerade wegen der Erhöhung der Löhne, die verbunden sein müßte mit einer Verbesserung der Fabrikationsmethoden, sträuben sich die Unternehmer von Lancashire. Die Folge ist, daß die Bevölkerung von Lancashire im Wachstum stehen geblieben ist und viele englische Baumwollstädte heute weniger Einwohner haben als vor zehn Jahren. In den letztvergangenen drei Jahren sind aus Großbritannien rund 200 000 Personen ausgewandert, für die das Mutterland keine Arbeit und keinen Lohn hatte.

Die Zustände in Lancashire haben manche Ähnlichkeit mit den Verhältnissen in der deutschen Textilindustrie. Dort wie hier torckelt die kapitalistische Wirtschaftsweise, die nicht auf den Bedarf, sondern auf den Profit aufgebaut ist, von einer Krise in die andere und bringt unfähiges Elend über die arbeitende Bevölkerung. Gegenüber der Behauptung der Verteidiger des kapitalistischen Systems, daß der Sozialismus das Baumwollgewerbe töten werde, sagt Th. Richardson in der „Socialist Review“ von den Zuständen in Lancashire: „Ueber das Töten brauchen sie sich keine Sorge zu machen; das Töten hat schon begonnen und zwar durch die Hand des Privatkapitals. Für die Baumwollarbeiter handelt es sich jetzt nicht um die Frage, wer ihre Industrie tötet, sondern wer sie retten kann.“ Eugen Prager.

Frauen, Jugend- und Betriebsrateteil

Rückblick und Ausblick.

Wenn unsere tätigen Kolleginnen rückschauend das Erreichte einer Nachprüfung unterziehen, so wird manche nicht voll befriedigt sein. Gehen sie in Gedanken die von ihnen getroffenen Veranstaltungen durch, so wird sich ihrer häufig Unmut bemächtigen, denn die von ihnen persönlich gemachten Anstrengungen hatten nicht immer den gewünschten Erfolg. Die Kolleginnen, für welche diese Veranstaltungen getroffen wurden, blieben oft in größerer Zahl aus. Das wirkt selbstverständlich entmutigend auf die Veranstalterinnen, es erklärt sich aber aus den Verhältnissen heraus. Stand nicht das jetzt hinter uns liegende Jahr im Anfang unter der Auswirkung der fürchterlichen Inflation? War diese Zeit der ewigen Sorge und Not nicht dazu angetan, unsere Kolleginnen zu zermürben, sie abzustumpfen für jede geistige Betätigung? Dazu kam noch in gar zu vielen Fällen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, die Not und Sorge noch vermehrend. Es sind schon sehr starke aufrechte Naturen, die in solcher Zeit sich nicht von den Verhältnissen unterliegen lassen, sondern den Kopf hoch behalten und klar und unverrückbar den Blick auf das Ziel richten, welches sich die Arbeiterin gestellt hat: den arbeitenden Menschen eine bessere Zukunft zu bereiten. Diese überzeugten Kolleginnen sind es auch, die immer wieder andere aufzurichten, die immer für alles Verständnis haben, was andere bedrückt, deren Idealismus und Ausdauer andere immer aufs neue anzuregen weiß, die auch die Bedrücktesten wieder aufzurichten und sie wieder im Glauben an die Aufgabe der Arbeiterin zu festigen verstehen.

Wo sich die geschichteten niederdrückenden Verhältnisse weniger scharf bemerkbar gemacht haben, ist auch das gewerkschaftliche Leben der Arbeiterinnen befruchtend in weitere Kreise gedungen. Vielen Kolleginnen ist die Betätigung für ihre Organisation Lebensbedürfnis geworden, hat ihrem Leben einen bestimmten Anhalt gegeben.

Nun scheinen die Verhältnisse sich etwas freundlicher zu gestalten. Wenn auch die Löhne noch manches zu wünschen übrig lassen, so verfallt doch der verdiente Lohn schon seit langem nicht mehr der Entwertung, die Arbeiterin kann sich ihren Verdienst einteilen, sie braucht nicht mehr sofort alles in Waren umzusetzen. Auch allgemein gesehen wird naturgemäß das Interesse der arbeitenden Frauen auf die Umwelt gelenkt. Ein Beispiel dafür bieten die Reichstagswahlen. Während noch bei der Wahl am 4. Mai die Stimmgabe der weiblichen Wähler recht viel zu wünschen übrig ließ, haben die Frauen am 7. Dezember durch ihren Stimmzettel bewiesen, daß sie politisch reifer geworden sind. Damit haben sie zu erkennen gegeben, daß sie die Politik mit zu beeinflussen willens sind. Es gilt also im neuen Jahre die begonnenen und hier und dort durch mäßige Verhältnisse unterbrochene Schulungsarbeit mit erneutem Eifer zu betreiben. Haben nicht gerade die Arbeiterinnen von der Zukunft recht viel zu fordern? Ist etwa die Wiederführung des Achtstundentages eine Angelegenheit, die die Arbeiterin nichts angeht? Kann die Arbeiterin mit den bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen zufrieden sein, können ihr die hygienischen Einrichtungen, die Sicherung der Maschinen genügen? Muß sie nicht bestrebt sein, alles daran zu setzen, selbst mit Hand anzulegen, daß alles so eingerichtet wird, wie es den Bedürfnissen der Arbeiterinnen entspricht? Das kann nur geschehen in gemeinsamer Arbeit der Arbeiterinnen miteinander und mit der Organisationsleitung. An Stoff zu Arbeiterinnenzusammenkünften fehlt es doch wahrlich nicht. Dem Wissensdrang derselben wird von der Verbandleitung in weitestem Maße entgegengekommen. Es ist wohl zu erkennen, daß die Arbeit der Kolleginnen Früchte zu tragen beginnt, auch wenn sie nach außen noch nicht so sehr in Erscheinung tritt. Die Arbeiterinnen beginnen sich doch durchzusetzen, sie werden es um so zahlreicher können, wenn sie an allem teilnehmen, wenn sie sich über alle die Arbeiterin im gewerkschaftlichen, politischen und öffentlichen Leben angehenden Fragen unterrichten. Es geht für die Zukunft wirklich nicht mehr an, daß die Frauen immer beiseite beiseite stehen, sich abwartend verhalten, was andere tun werden, um es dann erst zu kritisieren. Nein, selbst mitarbeiten, die weibliche und mütterliche Eigenart überall zur Geltung bringen, gemeinsam mit den Männern die Gesellschaft und ihre Einrichtungen neu- und umzugestalten. Die weiblichen Menschen bilden den größten Teil der Bevölkerung, sie sind in einzelne Industrien (Textilindustrie) in der Mehrzahl, in unserem Verband stellen sie 2/3 der Mitgliedschaft, in den Parlamenten haben sie Einfluß, in den öffentlich-rechtlichen Körperschaften hat man sie schätzen gelernt, die der Allgemeinheit dienenden kommunalen Einrichtungen können ohne die Mitarbeit der Frauen überhaupt nicht mehr arbeiten. Und doch vermag leider der größte Teil der weiblichen Bevölkerung sich über ihre Unentbehrlichkeit noch keine Klarheit zu verschaffen. Mehr Erkenntnis dessen, was notwendig ist, mehr Selbstbewußtsein als bisher, fort mit der Unselbständigkeit und Schüchternheit, die noch so viele Arbeiterinnen beherrscht. Wer weiß, wie dringend notwendig die Mitarbeit der Arbeiterinnen ist, muß auch den Mut finden, alle alten Vorurteile und Ueberlieferungen über Bord zu werfen, sich den Erfordernissen unserer neuen, raschlebigen Zeit anzupassen. So müssen alle bitteren Erfahrungen des vergangenen Jahres hinter uns bleiben. Das neue Jahr soll uns alle auf dem Posten finden zu gemeinsamer Arbeit am Wohle der Allgemeinheit. Jede Kollegin muß zur Lösung der den Arbeiterinnen gestellten Aufgaben beitragen. Jede muß sich im Rahmen der Veranstaltungen für unentbehrlich und unerlässlich halten. Gehen wir also in klarer Erkenntnis unserer Bedeutung für das Volksganze an die uns gestellten Aufgaben heran. Beweisen wir, daß auch Enttäuschungen uns nicht entmutigen können. Dann wird auch das neue Jahr durch die Mitarbeit aller Kolleginnen die Erfolge der Arbeiterinnenkommissionen um ein beträchtliches steigern. Für das neue Jahr gute Förderung unserer gemeinsamen Arbeit!

Gewerkschaften und Arbeitsrecht.

Wir wiesen vor einiger Zeit auf die gewerkschaftliche Jugend-Bücherei hin, die vom Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben wird. Damals war eben der erste Band: Alexander Knoll, „Handwerksgesellen und Lehrlinge im Mittelalter“ erschienen. Nun ist inzwischen auch Band 4 herausgegeben: Clemens Rörpel, „Gewerkschaften und Arbeitsrecht“. Das Arbeitsrecht ist das Recht des Arbeiters und seines Arbeitsverhältnisses. Je nachdem, wie dieses gestaltet wird, wird sein tägliches Schicksal verlaufen. Es gibt mächtige bürgerliche Kreise, die ein eigentliches Arbeitsrecht nicht wünschen, sondern die die Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse im allgemeinen Rahmen des bürgerlichen Gesetzbuches und des Handelsgesetzbuches vorgenommen sehen wollen. Indessen hat sich gerade seit 1918 eine Entwicklung angebahnt, die von der Tatsache ausgeht, daß den menschlichen Bedürfnissen und Ansprüchen des Arbeiters Rechnung getragen werden müsse, und daß der Arbeiter nicht als eine Sache und Ware betrachtet werden darf. Dieser besondere Ausgangspunkt hat auch der arbeitsrechtlichen Entwicklung ein bestimmtes Gepräge aufgedrückt. Gewerkschaftliche Tätigkeit erfordert Kenntnis des Arbeitsrechts. Aber auch der einzelne Arbeiter sollte einen Begriff von arbeitsrechtlichen Dingen haben, da ja durch das Arbeitsrecht seine ganze Lebenslage bestimmt wird. Clemens Rörpel hat in dem erwähnten Buch eine Darstellung des Arbeitsrechts gegeben. Er faßt seine Aufgabe nicht so auf, daß er etwa eine Aneinanderreihung von Paragraphen vorgenommen hätte, nein, er versucht eine lebensvolle Darstellung des arbeitsrechtlichen Stoffes zu geben. Er behandelt die Frage: Was ist Arbeitsrecht? Dann geht er ein auf individuelles und kollektives Arbeitsrecht, schildert die arbeitsrechtliche Gesetzgebung vor und nach 1918, bespricht Versammlungsfreiheit und Streikrecht, befaßt sich mit dem Tarifvertrag,

dem Zwangstarif, der Arbeitsordnung, der Betriebsvereinbarung, dem Schlichtungswesen, der Arbeitszeit, den Räten, den Arbeitsgerichten, dem Arbeitsnachweis, der Erwerbslosenfürsorge. Eine Art Zusammenfassung bildet das Kapitel über das kollektivistische Prinzip; das Schlusskapitel lautet: Das internationale Arbeitsrecht. Wertvoll ist die Zusammenstellung über Literatur vom Arbeitsrecht.

Dieses Buch ist nicht nur den Jugendlichen, sondern allen Gewerkschaften zu empfehlen. Es ist verständlich geschrieben und kann von jedem Arbeiter mit aufgeweckten Sinnen bewältigt werden. Als Probe geben wir das Kapitel: Das kollektivistische Prinzip.

„Das im Artikel 157 der Reichsverfassung verheißene einheitliche Arbeitsrecht soll als Gesetzbuch der Arbeit zu einer vollkommen selbständigen Rechtsdisziplin werden. Das bedeutet, daß alle die Arbeit betreffenden Materien in diesem Gesetzbuch der Arbeit zusammengefaßt sind und für die Streitigkeiten aus dem Arbeitsrecht, aus dem Arbeitsverhältnis oder dem Arbeitsvertrag ebenfalls ein besonderes Verfahren gilt. Gegenwärtig ist es noch so, daß sich die Rechte der Arbeitnehmer, abgesehen von den besonderen Bestimmungen und Gesetzen, welche schon Teile des zu schaffenden einheitlichen Arbeitsrechtes sind, ergeben aus den hierfür geltenden Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches, der Reichsgewerbeordnung, des Handelsgesetzbuches usw., und daß außerdem das Verfahren in die ordentliche Rechtspflege einmündet, soweit soziale Sondergerichte bestehen und die Streitfälle berufsungsfähig sind, oder daß von vornherein die ordentlichen Gerichte in Frage kommen. Hierdurch werden die Arbeitsstreitigkeiten dem Geist des bürgerlichen Rechts und den Bestimmungen der Zivilprozessordnung unterworfen, die beide dem Wesen des Arbeitsrechts durchaus fremd sind und sich in ihrer Wirkung für die Arbeitnehmer gegenseitig vielfach aufheben. Die Rechte aus den arbeitsrechtlichen Gesetzen können oft von den Arbeitnehmern nicht wahrgenommen werden, weil das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten langwierig und teuer ist und die beklagten Arbeitnehmer, wenn ihnen selbst vor den Gewerkschaften Rechtsschutz gestellt wird, doch meist den Ausgang nicht erwarten können. Dazu kommt, daß die Richter und die Rechtsanwälte nicht auf die Arbeitsstreitigkeiten eingestellt sind. Das kann nur anders werden, wenn das alles umfassende Gesetzbuch der Arbeit als selbständige Rechtsdisziplin neben dem bürgerlichen Recht und dem Strafrecht besteht. Dann sind die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer anerkannte Rechtsschöpfer, und die Arbeitsrichter entscheiden auf Grund des Arbeitsgesetzbuches, sie brauchen nicht auf die ganz anderen Zwecken dienenden Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches zurückgreifen und nicht nach den gänzlich fremden Verfahrensvorschriften der Zivilprozessordnung zu entscheiden. Die Urteile der Arbeitsrichter sind dann für die Arbeitnehmer verständlich, und Abirrungen können viel eher als bisher durch Weiberherstellung des Willens der rechtschöpferischen Parteien ausgeglichen werden. Der heute immer mehr schwindende Glaube an die Gerechtigkeit auch im Arbeitsrecht, das Ueberwuchern der Paragraphen und das Ueberhandnehmen des Einflusses der Juristen kann nur auf diese Weise wiederhergestellt bzw. übernommen werden.

Statt der verstreuten Stellen, welche das Arbeitsrecht durchführen, müssen Arbeitsbehörden geschaffen werden, die alles einschließen, was das Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz und die Sozialversicherung betrifft. Auch die letztere könnte trotz des weitgehenden Selbstbestimmungsrechts der Krankenkassen und des weniger weitgehenden Mitwirkungsrechtes bei der Invaliden- und Anstellungsverpflichtung sowie auch bezüglich der Berufsgenossenschaften eine Eingliederung in die Arbeitsbehörden sehr wohl vertragen. Die Arbeitsbehörden müssen das soziale Haus der Arbeit werden, in ihnen muß der Geist der Arbeit heimisch sein. In den Arbeitsbehörden unter der Selbstverwaltung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sind zu vereinigen: die Schlichtungsstellen, die Tarifämter, die Arbeitsgerichte, die Handels- und Gewerbeaufsicht, der gewerbliche Jugendschutz, der Arbeitsnachweis, die Arbeitslosenversicherung, die Sozialversicherung usw. Wer irrendem Anrecht arbeitsrechtlicher Natur geltend machen will, muß bei der Arbeitsbehörde an der richtigen Stelle sein. Das gegenwärtige Herumirren fällt dadurch ganz weg.

Das Arbeitsrecht ist ein Teil des Menschenrechts, aber es wird erst dann wirklich sein, wenn die Entwicklung die geeignete Form erreicht hat. Haben wir das Gesetzbuch der Arbeit, besitzen wir die Arbeitsbehörden, dann wird sich der Arbeitnehmer als Mensch fühlen, er wird wissen, daß seine Arbeitskraft, sein wichtigstes Gut, geschützt ist. Das Gefühl der Rechtlosigkeit wird verschwinden. Rechtslos ist der Arbeitnehmer gegenwärtig nicht, im Gegenteil, er hat bereits viele Rechte. Nur haben die Arbeitnehmer noch nicht verstanden, davon Gebrauch zu machen, und wie nachgewiesen worden ist, ist das Arbeitsrecht auch noch nicht von dem Geiste erfüllt, der die Grundlage für ein echtes Staatsbewußtsein abgeben könnte. Es handelt sich mithin für die Arbeitnehmer bei dem Ausbau des Arbeitsrechtes nicht um etwas Nebenständliches, sondern um einen der wichtigsten Teile des Menschenrechtes der Arbeitnehmer. Es sollen nicht ungenutzte neue Paragraphen geschaffen werden, sondern die Paragraphen sollen lebendigen Geist haben, sie sollen dem Denken und Fühlen der Arbeitnehmer verständlich sein, und der Arbeitnehmer soll mit ihnen vertraut sein. Die Juristen, welche auch im Arbeitsrecht nicht zu entbehren sein werden, sollen für den Arbeitnehmer nicht, wie jetzt vollkommen unverständlich ist, sie sollen nicht eine fremde Sprache reden, sondern sie sollen ihre Urteile und Entscheidungen aus dem Geiste des Arbeitsrechtes heraus fällen und Vertrauen zu diesem Recht verschaffen.“

Der Kampf der Unternehmer gegen die rechtliche Stellung der Betriebsräte.

Nach dem großen Streit um die Arbeitszeit, im Frühjahr dieses Jahres, glaube die Firma Vorwerk u. Co., Teppichfabrik in Barmen, den Zeitpunkt für gekommen, um mit den gesetzlichen Schutzbestimmungen der GD. sowie mit den Rechten der Arbeiter aus dem BRG regelrecht aufzuräumen. Von dem um die deutsche Volkswirtschaft so besorgten Gewerberat ließ sie sich die Genehmigung zur Nacharbeit für weibl. Arbeiter erteilen, die nach einigen Tagen durch den Einspruch des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes bei dem Regierungspräsidenten zurückgezogen werden mußte. Von dem neugewählten Betriebsrat verlangte sie eine Geschäftsführung, welche in ihrer Auswirkung jede praktische Arbeit für die Belegschaft unterbunden hätte. Die Firma erklärte, daß sie den Betriebsrat, im Gegensatz zu ihrem Verhalten vor dem Streik, wo sie für die Erledigung der Betriebsratsgeschäfte den Betriebsratsvorsitzenden von der Arbeit freigestellt hatte, nur noch soviel Bewegungsfreiheit lasse, als wie sie durch das Betriebsratsgesetz dazu unbedingt verpflichtet sei. Die Firma bestimmte, daß in jeder Woche einmal eine Sprechstunde und eine Betriebsratsitzung stattfinden solle. Sonstige Arbeitszeitverhältnisse seien nur in nachweislich dringenden Fällen gestattet. Kurz sei noch angeführt, daß der Betrieb elf- bis zwölfhundert Arbeitnehmer, welche bis auf geringe Ausnahmen sämtlich in Akkord arbeiten, beschäftigt. Der Betriebsratsvorsitzende war in Erfüllung seiner Betriebsratspflichten genötigt, auch außerhalb der Sprechstunde liegende Arbeitszeit zu versäumen, für die er gemäß § 35 BRG. Bezahlung verlangte.

Die Firma verlangte von ihm eine Aufstellung über die veräumten Arbeitsstunden nebst detaillierter Begründung der Notwendigkeit bzw. Dringlichkeit. In einem Schreiben, das der Betriebsratsvorsitzende von ihr erhielt, hieß es am Schluß wörtlich: „Für die Zukunft ist der Nachweis der Notwendigkeit der erteilten

Auskünfte schriftlich kurz anzugeben: a) Tag der Auskunft, b) an wen die Auskunft erteilt wird, c) in welcher Angelegenheit Auskunft erteilt wurde. Der Betriebsrat ließ durch den Betriebsratsvorsitzenden der Firma schriftlich mitteilen, daß er die von der Firma geforderte Art der Geschäftsführung ablehne, weil sie mit dem Sinn und Geist des BRG. im Widerspruch stehe. Er sei jedoch zu jeder Zeit zu einer vernünftigen Verständigung bereit. Die Firma ließ es jedoch auf einen Kampf ankommen und lehnte die Bezahlung des größten Teiles der veräumten Arbeitsstunden in einer bestimmten Woche ab. Sie wollte unter allen Umständen — so erklärte die Direktion — eine gerichtliche Entscheidung herbeiführen. So kam es zur Klage vor dem Barmer Gewerbegericht, wo die Parteien durch den Deutschen Textilarbeiter-Verband bzw. dem Verband von Arbeitgebern im Bergischen Industriegebiet vertreten waren. Während der Klage auf Bezahlung von 541 Mk. klage, beantragte die beklagte Firma Abweisung der Klage und erhob Widerklage auf Zahlung von 400 Mk. Schadenersatz, weil, wie sie behauptete, ihr durch die Verletzung seiner Pflichten der Kläger einen Schaden in der angegebenen Höhe zugefügt habe.

Das Gewerbegericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung von 541 Mk. und wies die Widerklage ab.

Jedoch war infolge der erhobenen Widerklage auf Zahlung von 400 Mk. Schadenersatz Berufung möglich. Die beklagte Firma legte also Berufung ein, und so mußte sich das Elberfelder Landgericht (7. Zivilkammer) am 10. November 1924 erneut mit dieser Sache befassen. Das Landgericht fällt nun folgendes Urteil:

„Die Berufung gegen das Urteil des Gewerbegerichts in Barmen vom 1. Juli 1924 wird kostenfällig zurückgewiesen.“

In der Begründung dieses Urteils wird folgendes ausgeführt:

„Der Kläger weist mit Recht darauf hin, daß vorliegend das Gewerbegericht nicht als Arbeitsgericht im Sinne des § 93 BRG., Artikel 2 § 1 Ziffer 5, § 2 der VO. vom 30. 10. 1923 in einem unanfechtbaren Beschlußverfahren, sondern als ordentliches Prozeßgericht im Sinne des § 1 GG. in einem der Berufung unterliegenden Urteilsverfahren entschieden hat. Das Gewerbegericht als Prozeßgericht war gemäß § 4 Ziffer 2 und 3 GG. befugt, über die mit der Klage und Widerklage geltend gemachten Ansprüche und in Verbindung damit incidenter über die Notwendigkeit der Arbeitsverfassung des Klägers als Betriebsratsvorsitzenden selbständig zu entscheiden. Gemäß entscheidet gemäß § 93 Ziffer 3 BRG. in Verbindung mit Artikel 2 § 1 der VO. vom 30. 10. 1923 bei Streitigkeiten über die Notwendigkeit der Arbeitsverfassung eines Betriebsratsmitgliedes das Arbeitsgericht. Solche Entscheidungen des Arbeitsgerichts sind aber nicht unmittelbar vollstreckbar. Um eine Vollstreckbarkeit zu erreichen, bedarf es der gerichtlichen Klage. Bei der Entscheidung über diese Klage hat das ordentliche Prozeßgericht die Voraussetzungen der erhobenen Ansprüche selbständig zu prüfen. Eine Entscheidung des Arbeitsgerichts gemäß § 93 BRG. ist für das ordentliche Prozeßgericht weder bindend, noch zwingende Voraussetzung der richterlichen Erkenntnistätigkeit (vergl. Feig. S. 101 zu § 93 BRG., Anm. 2 zu § 35, Anm. 1 Abs. 3, Dierich zu § 35 BRG., Anm. 3).

Gemäß § 35 BRG. darf notwendige Arbeitszeitverfassung eines Betriebsratsmitgliedes eine Minderung seiner Entlohnung weder mittelbar noch unmittelbar zur Folge haben.

Die mit der Klage geltend gemachten Lohnansprüche sind daher begründet, die mit der Widerklage geltend gemachten Schadenersatzansprüche unbegründet, wenn der Kläger bei Erledigung seiner Betriebsratsgeschäfte in der Woche vom 19. bis 24. Mai 1924 nicht nur 6 1/2, sondern 17 1/2 Arbeitsstunden veräumt hat und diese Veräumnis eine notwendige war. Mit Recht weist der Vorderrichter darauf hin, daß von dem Käufer vorliegend billigerweise ein detaillierter Nachweis für die Notwendigkeit einer jeden in Betriebsratsangelegenheiten innerhalb der fraglichen Woche veräumten Arbeitsstunde nicht verlangt werden kann. Blick auf § 66 BRG. allein genügt, um sich ein Bild zu machen,

wie überaus vielfältig, verantwortungsvoll und schwierig der Aufgabentkreis des Betriebsratsmitgliedes, insbesondere eines Betriebsratsvorsitzenden sein kann, erfahrungsgemäß auch in einem Betriebe von dem Umfange des der Beklagten tatsächlich ist.

Die Bewältigung dieser dem Kläger als Betriebsratsvorsitzenden obliegenden mannigfaltigen Aufgaben, eine erfolgversprechende Ausübung des ihm übertragenen verantwortungsvollen Ehrenamtes ist aber schlechterdings nicht denkbar ohne eine gewisse Selbstständigkeit des Handelns, nicht möglich ohne eine gewisse Dispositionsfreiheit in bezug auf Zeit und Raum, beides Erfordernisse, die eine peinliche Kontrolle, wie sie dem bloßen Arbeitnehmer gegenüber im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Betriebes gerechtfertigt erscheint, nicht vertragen. Zudem erscheint grundsätzlich die Annahme gerechtfertigt, daß der Kläger sich nicht ohne Not den an sich undankbaren Betriebsratsgeschäften widmen wird, sondern nur dann, wenn ein dringendes Bedürfnis dazu vorliegt. Unter diesen Umständen würde es zu weit führen, in allen Fällen von dem Kläger zu verlangen, über die Notwendigkeit seiner Zeitveräumnis vorläufig Buch zu führen, um so in einem Streitfalle wie dem vorliegenden auf das peinlichste Rechenschaft ablegen zu können. Ein solcher Nachweis erscheint nur dann erforderlich, wenn die in Betriebsratsangelegenheiten veräumte Zeit in einem auffälligen und offensichtlichem Mißverhältnis zu dem Umfang und der Größe des in Frage kommenden Betriebes steht. Dies ist aber vorliegend nicht der Fall. Es ist davon auszugehen, daß die Beklagte 1200 Arbeiter beschäftigt, mithin unbedenklich zu den Großbetrieben gerechnet werden kann. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gelehrt, daß die Erledigung von Großbetriebsratsgeschäften den größten Teil der Arbeitszeit des Betriebsratsvorsitzenden, ja nicht selten die gesamte Arbeitszeit, restlos in Anspruch nimmt. Gegenüber dieser erfahrungsgemäßen Feststellung fallen, selbst wenn man mit der Beklagten annimmt, daß die Betriebsratsgeschäfte in jüngster Zeit wesentlich abgenommen haben, 17 1/2 in Betriebsratsgeschäften veräumte Arbeitsstunden pro Woche nicht ins Gewicht. Ein vergleichender Blick auf die von der Bewegung überrollte Aufstellung der vom Kläger in Betriebsratsgeschäften veräumten Arbeitsstunden früherer Reiterperioden läßt gleichfalls den vorliegend in Frage stehenden Zeitraum nicht übermäßig hoch erscheinen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß für den Kläger im gegenseitigen Uebereinkommen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat Donnerstags eine Sprechstunde und Mittwochs eine Gelegenheit zur Abhaltung von Betriebsratsitzungen eingerichtet war. Kam der Kläger subjektiv zu der Erkenntnis, daß eine gewissenhafte, erfolgversprechende Ausübung der ihm übertragenen Pflichten innerhalb der Sprechstunden zeitlich und räumlich nicht möglich war, so war er angeht, daß er zugunsten der Bewegung, und Dispositionsfreiheit nicht daran, gebunden. Der Klage, deren Höhe die Beklagte nicht beanstandet, war daher stattzugeben, die Widerklage aus dem gleichen Gesichtspunkte des § 35 BRG. abzuweisen und zu erkennen wie gelcheht.“

Somit wäre also dieser Schlag gegen die Betriebsräte auch abgewehrt. Aber das, was der Rechtsanwalt der Berufungsklägerin in seinem letzten Schriftsatz an das Landgericht behauptet, müßte doch geeignet sein, der Arbeiterin die Augen zu öffnen. Denn es heißt dort u. a.:

„Es mag der Fall gewesen sein, daß anfänglich bei der Durchführung des BRG. die Betriebsratsmitglieder durch die Arbeiter übermäßig in Anspruch genommen worden sind.“

Im Laufe der Zeit ist jedoch eine gewisse Müdigkeit unter der Arbeiterschaft gegenüber der Einrichtung der Betriebsräte eingetreten.

Was bedeutet das? Es bedeutet, daß zum Sturm gegen die letzten Reste des bisherigen Rechts, das der Arbeiterschaft nach dem Zusammenbruch gegeben wurde, geblasen wird.

Fritz Kämpfer-Barmen.

Der deutsche Textilaußenhandel im Oktober 1924.

Zu dem deutschen Außenhandel bemerkt u. a. die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“, daß er das Merkmal einer weiteren erheblichen Einfuhrsteigerung im Oktober trägt und eine Belebung der Ausfuhr gegenüber dem Vormonat verzeichnet.

Table with 4 columns: Month, Amt, Grundlage, Doppelzentner. Rows for Sept 1924, Okt 1924, and Jan 1924.

Textil-Rohstoffe und halbfertige Waren.

Table for Textile raw materials and semi-finished goods. Columns: Rohstoffe, Einfuhr, Ausfuhr. Rows: Wolle, Baumwolle, etc.

Fertige Textilwaren.

Table for finished textile goods. Columns: Einfuhr, Ausfuhr. Rows: Ausfuhr, Garn, etc.

Table for finished textile goods. Columns: Einfuhr, Ausfuhr. Rows: Ausfuhr, Garn, etc.

An der Steigerung der Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Fabrikaten sind Textilrohstoffe mit 50,7 Millionen Rentenmark beteiligt.

Industrie und Steuerbelastung.

Die Deutschen Industriellen führen seit Monaten bewegliche Klagen über die zu drückende Steuerbelastung. Sie behaupten, daß durch dieselbe die Produktionskosten erheblich verteuert würden.

„Es wurde kürzlich festgestellt, daß pro Kopf der englischen Bevölkerung annähernd 16 Pfund Sterling Steuern im Jahre zu zahlen sind, während in Frankreich jeder Bürger nur 6 Pfund Sterling 8 Schilling, in den Vereinigten Staaten ein jeder nur 6 Pfund Sterling 65 Schilling und in Deutschland ein jeder nur 4 Pfund Sterling 1 Schilling zu zahlen hat.“

Diese Gegenüberstellung läßt aber auch erkennen, daß die deutschen Industriellen lediglich aus angeborener Neugierde sich gegen dieselben wenden und daß die von ihnen angegebenen Gründe in keiner Weise stichhaltig sind.

Aus der Textilindustrie.

Neue Spinnindustrie am Genfer See.

In Hoch-Savoyen hat sich nach dem Kriege eine ganz neue Hausindustrie für die Herstellung von Spitzen und Stidereien herausgebildet. Man hat in diesen Hochgebirgsgegenden Frankreichs schon immer die Schweizer Bevölkerung beneidet, welche durch ihre Stidereiindustrie so vielen Heimarbeitern Verdienst gewährt.

Dieselben arbeiten unter unglaublich ungunstigen Bedingungen; während am Schweizer Ufer des Genfer Sees warm die Sonne auch an vielen Wintertagen scheint, herrscht am französischen Ufer des Genfer Sees ein endloser eisiger Winter und arbeitet man dort unter den primitivsten Verhältnissen bei einer kleinen Lampe in Morzine, 1100 Meter über dem Meere, in Vallorcine 1200 Meter hoch und in Montriond in ähnlicher Höhe angestrengt in dieser neuen Heimindustrie, und im Sommer wird auf den Alpplätzen die Spinnerei weiter fortgesetzt, wodurch endlich etwas Geld unter diese sehr arme Bevölkerung kommt.

Immer mehr englische Fabriken gehen zur vollen Arbeitszeit über. In den U. S. A. wurde soeben durch Rückkehr einiger großer Fabriken zur Vollproduktion die Neueinstellung von 20 000 Arbeitern notwendig.

Die Festigkeit des Baumwollmarktes wird ferner beeinflusst durch die Nachricht, daß in den U. S. A. für das nächste Jahr die Andauflösche der Baumwolle zugunsten von Getreide verringert werden würde.

Table comparing American and Egyptian cotton prices. Columns: Amerikanische Baumwolle (100), Ägyptische Baumwolle (Januar), Liverpool, etc.

Obwohl die statistische Lage der ägyptischen Baumwolle an und für sich feste Preise gerechtfertigt erscheinen läßt, und obwohl einige englische Fabriken seit einiger Zeit anstatt amerikanischer Ware feinere ägyptische Qualitäten verarbeiten, ist der gegenwärtige Preisstand als einseitig übertrieben und durch reine Spekulationen (zum Teil auf Valutabasis) herbeigeführt, zu bezeichnen.

Table for Baumwolle (in Pence) with columns for different materials and dates.

Während amerikanische Garne um zirka 2 Proz. im Preise zurückgingen, sind ägyptische um zirka 12 Proz. gestiegen. (Berl. Tglb.)

Aus den Gewerkschaften.

Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband (Denag). Gemäß eines Beschlusses vom letzten Verbandsstag ändert der Zentralverband der Bäcker und Konditoren am 1. Januar 1925 seinen Namen in Deutscher Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband (Denag).

Der Sitz des Verbandes vorstandes und der Redaktion ist in Hamburg 1, Belenbinderhof 57.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind in 221 Tarifverträgen für 69 212 Berufsangehörigen geregelt. Der Anschluß aller Berufsangehörigen an ihre wirtschaftliche Interessensvertretung ist ein Gebot der Pflicht!

Berichte aus Fachkreisen.

Berlin. Der Streit bei der Firma Proben u. Sohn in Stralau durch Verrat der Kommunisten beendet. Die Streitenden mußten nach 9 Wochen Streit die Arbeit ohne den erhofften Erfolg wieder aufnehmen, weil die bedeutungslose Opposition von feilsch die gegebenen Versprechungen nicht gehalten hat und anstatt Fernhalten von Streikbrechern diese sogar geliefert hat.

durch faul der Kampfesmut, und die Streikender kamen hilflos zum Verbot, um den wilden Zusammenbruch des Streiks zu verhindern. Die Opposition hatte gänzlich verlagert. Die Zustimmung der Streikenden war deshalb groß, und zahlreich lehrten sie zum Verband zurück.

Dresden. Die Meißener Textilarbeiterjugend veranstaltete in Gemeinschaft mit der Arbeiterinnenkommission am 20. Dezember 1924 eine gut gelungene Weihnachtsfeier. Vornehmlich zeigte die Textilarbeiterjugend ihr Können durch eine Reihe zum Vortrag gebrachter musikalischer Vorträge (Mandoline, Geige, Gitarre), die so gut zu Gehör gebracht wurden, daß sie sich zu einigen Zugaben bequem mußte.

Auch dieses öffentliche Auftreten der Textilarbeiterjugend und Arbeiterinnenkommission kann als gut gelungen bezeichnet werden und wird unserer Sache neue Freunde und Freundinnen zuführen bzw. Mitglieder für unseren Verband bringen.

Düsseldorf. Am 19. Dezember starb nach längerem Leiden unser Kollege Karl Schneider. Seit dem Kriegsende war derselbe Schriftführer der Filiale. Keine Mühe hat er gescheut, immer dem Verbandsinteresse gedient. Wir werden ihm stets ein treues Gedenken bewahren.

Kassel. Gründungsfeier der Textilarbeiterjugend. Die Jugendabteilung unserer Verwaltungsstelle hatte am Sonnabend, den 13. Dezember zu einer Gründungsfeier in den Saal des Arbeiterfortbildungsvereins eingeladen. Der Saal war gut besetzt und auf der Bühne zeigte sich die Jugend mit Erfolg vom besten Bestreben und Willen besetzt.

Der Jugendleiter eröffnete die Vortragsfolge mit einer Begrüßungsansprache, aus der wir folgendes entnehmen: „Wo die Jugend ist, da ist auch Leben“. Aber das Leben tut es nicht allein; unsere Jugendabteilung hat vielmehr die Aufgabe, der vorwärts- und aufwärtsstrebenden Jugend Anregungen aller Art zu geben. Ein Leben ohne Inhalt ist kein Leben; ganz besonders ist es kein Leben für die Jugend, wenn sie z. B. raucht und lüftet, auf dem Tanzboden oder sonstwo nur herumspinnst, tobt oder gar dem Alkohol frönt; alles das ist ja nur Gift, Schall und Rauch. Ein solches inhaltsloses Leben muß eines Tages jäh zusammenbrechen, enttäuscht und zusammengebrochene Menschen zurücklassen, die dann teilnahmslos, kalt und abgeklümpft, für ein höheres gemeinsames Ziel oft nicht mehr zu haben sind.

Dieser Begrüßung des Jugendleiters folgte ein von einer Kollegin wirkungsvoll vorgetragener Prolog, beginnend: Willkommen! Und heißt uns geben Der Jugend höheres Ziel im Leben! Höheres Ziel mit bestem Brot, Wohlstand, zum Jugend-Morgenrot!

Es folgten dann abwechselnd die Darbietungen der 12 Mitglieder starken Musikabteilung (Geigen, Mandolinen, Gitarren), sowie Gedichte und Jugendtänze. Im Mittelpunkt stand das Jugendspiel: „Zum Licht empor!“ Alle Darbietungen fanden wohlverdienten Beifall und zeigten, daß die Textilarbeiterjugend gute Fortschritte gemacht hat. Zum Schluß brachte Kollege Wisniewski in einer temperamentvollen Ansprache der Jugend die Größe der Aufgabe dar und teilte unter lebhaftem Beifall mit, daß die Jugendleitung beschloffen habe, dem in Görlich kurzzeitig tagenden Betriebsräte Kongreß herzliche Grüße telegraphisch zu übermitteln.

Literatur.

Rosa Luxemburg: Einführung in die Nationalökonomie. — Herausgegeben von Paul Levi. — E. Laubsche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin W. 30. Preis brosch. 3,50 Mk., kart. 4 Mk., Gebundene 5 Mk. — Nicht allein der Wunsch aller Schüler der früheren Parteischule der Sozialdemokratischen Partei, an der Rosa Luxemburg als Lehrerin wirkte, war es, ihre volkswirtschaftlichen Vorträge zur Auffrischung des Gedächtnisses und zum intensiven Heimstudium im Druck erscheinen zu lassen, sondern auch die große Zahl der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die als Kurssteilnehmer in allen Teilen des Reiches Gelegenheit hatten, von der unvergleichlichen Lehrerin zu lernen, verlangte nach diesem Werke. Dieser Wunsch ist jetzt vom Genossen Paul Levi, dem Herausgeber obigen Werkes, endlich erfüllt worden.

Die ungemaine Lebendigkeit und Ueberzeugungskraft des neuen Wertes von Rosa Luxemburg, das sich an die breiten Massen des sozialistischen Proletariats wendet, wird sie mit neuem Mut zum Durchhalten in ihrem schweren Kampfe erfüllen und ihnen zugleich Waffentammur für seine Ausdehnung und Vertiefung sein.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 4. Januar ist der Beitrag für die 1. Woche fällig

Table with 2 columns: Adressenänderungen, Ortsverwaltungen. Lists names and addresses of members.

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlicher Redakteur Hugo Dreffel in Berlin. — Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.